



Pressemitteilung

Ein klares Nein zur Privatisierung der Fischbestände

10. Oktober 2011

Auf der Fachtagung »Wem gehört der Fisch?«, die der Evangelische Entwicklungsdienst und Fair Oceans in Bremerhaven veranstalteten, wurden die internationalen Auswirkungen der Reform der Europäischen Fischereipolitik auf die Küsten- und Kleinfischerei in den Vordergrund gerückt. Wie an der deutschen Küste so sehen sich auch die Fischer in Westafrika bedroht durch die beständige Ausweitung der industriellen Fischerei mit ihren Überkapazitäten und ökologisch bedenklichen Fangmethoden.

Gleich zu Beginn der Tagung verdeutlichte Dr. Rainer Froese vom IFM-Geomar aus Kiel am Beispiel des Kabeljaus, wie die bisherige EU-Fischereipolitik zur Überfischung der Bestände in den europäischen Gewässern beigetragen hat. Die aktuellen Reformvorschläge sieht Froese in verschiedener Hinsicht durchaus positiv, allerdings waren sich die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Tagung darin einig, dass erst die weiteren Verhandlungen und eine konsequentere Umsetzung der Maßnahmen zur Regulierung der Fischerei diese Einschätzung bestätigen werden können.

In der Diskussion wurde der Vorschlag der Kommission für eine EU-weit verpflichtende Einführung von handelbaren Fangrechten, die für 15 Jahre vergeben werden sollen, kontrovers diskutiert. Die meisten Wortmeldungen seitens der Vertreterinnen und Vertreter der anwesenden Organisationen bezeichneten diese Regelung, so unter anderem die Koordinatorin des Bündnisses OCEAN 2012, Frau Dr. Nina Wolff, als Schritt hin zu einer Privatisierung der Meere und ihrer Fischgründe.

Kai Kaschinski von Fair Oceans führte aus: »Die See und ihre Fischbestände sind ein Gemeingut, sie zu privatisieren und mit ihnen Handel zu treiben, widerspricht diesem Gedanken und entzieht der Öffentlichkeit und den Behörden für lange Zeit die Möglichkeit umfassend Einfluss auf die Art und Weise der Fischerei zu nehmen. Eine langfristige Privatisierung der Fangrechte wird den Grundkonflikt zwischen industrieller und Kleinfischerei in den EL nur zusätzlich verschärfen.«

Diese Einschätzung wurde von verschiedener Seite geteilt und die Befürchtung geäußert, dass kapitalkräftige europäische, japanische oder nordamerikanische Fischereikonzerne in die Lage versetzt würden, sich dauerhaft in fremden Gewässern Fangrechte zu sichern. Verdeutlicht wurden die möglichen Folgen einer solchen Entwicklung vom Generalsekretär des Westafrikanischen Kleinfischereiverbandes CAOPA, Gaoussou Gueye: »Schon jetzt müssen sich unsere Pirogenkapitäne gegen die unfaire, manchmal auch illegale Konkurrenz von Trawlern aus Europa und Asien erwehren. Die Fischgründe zu einer handelbaren Ware zu machen, wäre mit Sicherheit der Ruin für unsere meist kapitalschwachen Kleinfischer.«

Mit Interesse wurden auch die anderen Beiträge der Podiumsgäste zur externen Dimension der EU-Fischereipolitik und deren Folgen für die Fischerei und Ernährungssicherheit in den EL verfolgt. »Die EU Verantwortung für die Ernährungssicherheit der Küstenländer, in denen die EU Flotte fischt, darf nicht auf die 16 Staaten reduziert werden, mit denen es Fischereiabkommen gibt«, sagte EED Fischereiexperte F. Mari. »Wir fordern die EU auf allen Staaten, in denen EU-Schiffe fischt, oder aus denen die EU Fisch bezieht, Entwicklungspartnerschaften anzubieten, um den dortigen Kleinfischereien zu ermöglichen ihre Bestände nachhaltig und letztlich eigenständig zu bewirtschaften. Vor allem muss aber der Fisch als lebenswichtige Eiweißquelle für die Bevölkerung in den jeweiligen EL erhalten bleiben. Die Reduzierung von Armut und Hunger in den EL ist eine Verpflichtung, die alle EU Länder übernommen haben und bei deren Umsetzung die weltweiten Fischressourcen eine ganz wesentliche Rolle spielen«, so Mari abschließend. Nach übereinstimmender Meinung der TeilnehmerInnen ist ein nachhaltiger Aufbau der europäischen Bestände eine der Grundvoraussetzungen hierfür.

Eine ausführlichere Darstellung der Forderungen von Fair Oceans zu einem Kurswechsel in Europas Fischereipolitik, findet sich unter anderem in dem von insgesamt 15 verschiedenen Organisationen gemeinsam veröffentlichten Forderungskatalog »Vom Raubbau zum Wiederaufbau«.

f@ir
ceans

◆ ViSdP

Kai Kaschinski
Fair Oceans

◆ **Pressekontakt**
Kai Kaschinski

Fair Oceans
mobil: 0152-295 170 04
mail: fair-oceans@gmx.info

◆ Fair Oceans

Arbeitsschwerpunkt des
Vereins für Internationalismus
und Kommunikation e.V. | IntKom

◆ Kontakt

Verein für Internationalismus
und Kommunikation e.V. | IntKom
Kommunikationszentrum parad_o_x
Bernhardstraße 12
28203 Bremen
Deutschland | Germany
fon: +49-(0)152-29 51 70 04
mail: fair-oceans@gmx.info
web: www.fair-oceans.info

◆ Gerichtssitz

Amtsgericht Bremen
Registernummer: VR 55 59